

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



## Inhalt

Der Berliner Wissenschafts-  
senator Dr. Peter Glotz  
zur Diskussion um Stellen-  
zuwächse durch Verzicht  
auf Gehaltszuwächse

Seite 1-2a

Peter Conradi MdB warnt  
vor Investitionsbehindern-  
den Bürgerinitiativen und  
verlangt gesetzliche Re-  
gelungen

Seite 3

Heinrich Klein MdB fordert  
mehr und gerechte Förde-  
rung der Deutschen Sport-  
jugend

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 174 / 12. September 1977

Stellenzuwachs ohne Haushaltsbelastung?

Berliner Wissenschaftler geben Anstöße

Von Dr. Peter Glotz

Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin

In die zähe und oftmals ohne Handlungsperspektiven geführte Diskussion über die Beschäftigungschancen zukünftiger Hochschulabsolventen ist eine provozierende Initiative von Berliner Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern geplatzt. Sie schlagen vor, durch Verzicht auf alle realen Gehaltszuwächse im höheren Dienst des Bundes und der Länder in den nächsten drei Jahren 120.000 bis 225.000 neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen zu schaffen. Die Steuerzahler würden diese neuen Stellen keine zusätzlichen Personalmittel kosten. Die Urheber des Vorschlages verweisen auf die doppelt hilfreiche Wirkung ihres Maßnahmenkatalogs: Zum einen würde der öffentliche Dienst wie bisher auch zu Zeiten der geburtenstarken Jahrgänge seine Aufnahmequote von circa 60 Prozent der Hochschulabsolventen aufrecht erhalten können und damit die Gefahr einer umfassenden Akademikerarbeitslosigkeit abwenden; zum anderen würden die so beschäftigten Hochschulabsolventen nicht Arbeitnehmer mit formal niedrigeren Bildungsabschlüssen verdrängen.

Für den Hochschulbereich präzisieren die Träger der Initiative ihre Rechnung. Sie zeigen für die besonderen Gehaltsstrukturen des höheren Dienstes an Hochschulen auf, wo Zuwächse gestrichen und bei Neubesetzungen von Stellen Einbußen gegenüber der früheren Stellenausstattung hingenommen werden können. Das verblüffende Rechenexempel fördert Mittel für 5.500 bis 10.000 wissenschaftliche Stellen an den Hochschulen der Bundesrepublik zutage. Neben dem generellen arbeitsmarktpolitischen Ziel der Beschäftigung von Hochschulabsolventen haben die Berliner Wissenschaftler die Lösung drängender spezifischer Hochschulprobleme im Blick: Die "Betreuerquote" des wissenschaftlichen Personals für die Studenten würde sich bei steigenden Studentenzahlen zumindest

nicht verschlechtern, was die fortschreitende Aufhebung des Numerus clausus stark erleichterte; darüber hinaus wäre ein Weg für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eröffnet.

Aus ihren Überlegungen haben die Berliner Wissenschaftler eine symbolische Konsequenz gezogen. Sie bieten eine Kürzung ihrer Gehälter um eine Besoldungsstufe an, wenn ihr Gehaltsverzicht zur Finanzierung neuer Stellen im Berliner Hochschulbereich verwandt wird. Mit der Initiative kommt eine neue Qualität verantwortungsbewußter und realitätsbezogener Argumentation aus der Universität; staatliche Sachzwänge werden hier nicht von hochabstrakter Warte aus verworfen, sondern gesellschaftspolitisch konstruktiv fortentwickelt.

Als Herausforderung an die Politiker ist diese Initiative in der Presse bezeichnet worden. Was an den Vorschlägen provoziert, ist die Folgerichtigkeit, mit der Lösungspremissen und Lösungsansätze weitergedacht werden, die gerade sozialdemokratische Politiker in letzter Zeit immer wieder betont haben. So gehen die Wissenschaftler davon aus, daß der Anteil der Personalmittel in den öffentlichen Haushalten auf absehbare Zeit nicht substantiell ausgeweitet werden kann, daß andererseits jedoch Probleme der Fortentwicklung und Humanisierung unserer Gesellschaft - es sei hier nur beispielhaft an Klassenfrequenzen, lange Terminstände der Gerichte, personelle Lücken im Strafvollzug sowie an die sehr entwicklungsbedürftigen Bereiche der Stadtсанierung und der Vorsorge-, Sozial- und Arbeitsmedizin erinnert - einen hohen Bedarf an Hochschulabsolventen indizieren. Die Formel "kein Bedarf, weil kein Geld" ist überwunden. Aus der Synthese der gegensätzlichen Voraussetzungen - zwar kein Geld, dennoch aber Bedarf - ist insbesondere von sozialdemokratischer Seite die politische Forderung nach einer leistungsorientierten Reform des öffentlichen Dienstes und einer Überprüfung des starren Systems der Eingangsstufen bekräftigt und in eine neue Richtung geleitet worden. Es hat die Einsicht an Boden gewonnen, daß beispielsweise eine einheitliche Eingangsbesoldung von Hochschul- und Fachhochschulabsolventen unterhalb von A 13 ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre.

Die Initiatoren des Memorandums nehmen diese Forderung ernst und rechnen nach, wieviele neue Stellen finanziert werden könnten, wenn man die Eingangsstufen nach A 11 und andere ähnliche Korrekturen am Besoldungssystem durchführte. Das Rechenexempel ist eindrucksvoll, aber - man soll sich darüber nicht täuschen - es ist zunächst nur ein sehr zu begrüßendes Rechenexempel. Die Erfahrung zeigt, daß Veränderungen im öffent-

lichen Dienstrecht und allzumal, wenn es unmittelbar an die Besoldung geht, politisch nur mühevoll durchzusetzen sind. Viele Reformbemühungen in diese Richtung sind im Gerangel um technische Einzelheiten gescheitert. Das schwerfällige juristische Verfahren im Zusammenspiel von Bund und Ländern gibt den Gegnern solcher Reformen zahlreiche Möglichkeiten der Verzögerung und der Verhinderung in die Hand.

Welches Resümee ist aus diesen Erfahrungen zu ziehen? Die sachliche Diskussion der einzelnen Vorschläge dieser Initiative ist von den Politikern - von Parlamentariern und zuständigen Ressortministern - in die maßgeblichen Instanzen, die Fraktionen, Parlamentsausschüsse und Ministerialverwaltungen, aber auch in intensive Gespräche mit den Gewerkschaften einzubringen. Es genügt nicht, in Reden mit dem A 13/A 11-Argument Problembewußtsein zu demonstrieren. Die Diskussion mit den Fachleuten mag manche Argumente und Anregungen der Berliner Wissenschaftler als nicht sachgerecht erscheinen lassen. Gerade wir Sozialdemokraten müssen uns aber dem Problemdruck stellen und mit Zähigkeit und Geduld dafür sorgen, daß die notwendigen und möglichen Veränderungen im öffentlichen Dienstrecht verwirklicht werden.

Dabei können wir nicht den Ehrgeiz haben, mit einer Reform des öffentlichen Dienstrechts alle Beschäftigungsprobleme der jungen Generation zu lösen. In gleichem Maße ist die gesellschaftliche Verantwortung der privaten Arbeitgeber zur Mitwirkung an der Lösung dieser Probleme aufgerufen. Freilich können wir von den privaten Arbeitgebern nicht mehr verlangen, als wir im öffentlichen Dienst tun. Die geburtenstarken Jahrgänge, die in den vor uns liegenden Jahren von den Schulen und Hochschulen drängen, haben ein gesellschaftliches Recht auf Teilhabe am Berufsleben. Wenn es nicht anders geht, müssen wir dieses Recht auch durch ein solches "austerity"-Programm verwirklichen, wie es die Berliner Wissenschaftler vorschlagen und es gleichzeitig mit den zentralen Forderungen der Gewerkschaften nach einer Reform des öffentlichen Dienstes kombinieren. Die Anstöße und Vorarbeiten, die mit den Überlegungen und dem Katalog einschneidender Maßnahmen für ein Aktionsprogramm der Besoldungsreform aus Berlin kommen, dürfen wir nicht ungenutzt lassen! (-/12.9.1977/bgy/hgs)

+ + +

Bürger und Investitionen  
-----

## Für eine gesetzlich geregelte Bürgerbeteiligung

Von Peter Conradl MdB

Mitglied im Bundestags-Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bei der Diskussion über die Investitionsmüdigkeit und den schleppenden Abfluß der für Investitionen bereitgestellten öffentlichen Mittel ist in letzter Zeit mehrfach von Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung die Rede, durch die manche Investitionen behindert, ja verhindert werde. Dazu einige Anmerkungen:

- Die Bürokratie war nach ihrem eigenen paternalistischen Selbstverständnis nie ein Freund der Bürgerinitiativen oder gar einer geregelten Bürgerbeteiligung. Sie hat die Forderung "Mehr Demokratie wagen" richtig auch als Gefährdung ihrer Macht verstanden. Daran muß man sich erinnern, wenn aus der Bürokratie jetzt versucht wird, die Bürgerinitiativen zum Sündenbock für verzögerte Investitionen zu machen. Außerdem soll damit wohl von der Tatsache abgelenkt werden, daß viele Investitionen nicht durch zuviel Demokratie sondern durch zuviel Bürokratie verzögert werden. Was da an Vorschriften, Richtlinien, Bestimmungen ausgedacht und geprüft wird, treibt manchen Investor zur Verzweiflung.
- In vielen Fällen sind es nicht Bürgerinitiativen die Investitionen verhindern, sondern Eigentümerinteressen. Gesetzgeber und Rechtsprechung haben den Schutz des Eigentums, beispielsweise beim entschädigungsgleichen Eingriff, bislang fast immer höher angesetzt als das Wohl der Allgemeinheit, dem der Gebrauch des Eigentums nach Artikel 14 GG doch dienen soll. Diese Tatsache sollte man selbst dann nicht den Bürgerinitiativen anlasten, wenn Eigentümer gelegentlich als Bürgerinitiative getarnt ihre Interessen verfolgen.
- Es ist nicht zu bestreiten, daß auf manchen Gebieten z.B. beim Kernkraftwerkbau, Bürgerinitiativen Investitionen behindern, vor allem durch die Einschaltung von Gerichten. Was bleibt Ihnen auch anders übrig, wenn sie von denen, die Kernkraftwerke planen und bauen, nicht gehört, nicht beteiligt werden? Aus gutem Grund hat der Bundestag für die Bauleitplanung ein formalisiertes Verfahren der Bürgerbeteiligung im Bundesbaugesetz (Paragraph 2a) beschlossen. Die Bürokratie hat vor allem über den Bundesrat und die kommunalen Spitzenverbände, bis zum Schluß versucht, diese Bestimmungen zu verwässern mit der Begründung, durch die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung würde die Aufstellung von Bebauungsplänen länger dauern als bisher. Die Erfahrungen der Gemeinden, die schon vor dem Bundesbaugesetz 1967 Bürgerbeteiligung praktizierten, und die ersten Erfahrungen mit dem neuen Gesetz zeigen indessen, daß die Bürgerbeteiligung den Planungsfortschritt nicht hemmt, sondern fördert. Bei frühzeitiger Information, Darlegung und Erörterung der Ziele und Zwecke der Planung, und ihre voraussichtlichen Auswirkungen sowie möglicher Alternativen können die Bürger ihre Vorstellungen in einem geordneten Verfahren einbringen. Statt über die Bürgerinitiativen zu klagen, sollten wir möglichst rasch auch in anderen Bereichen gesetzliche Regelungen für die Beteiligung der Bürger an Planungen schaffen, z.B. in den Planfeststellungsverfahren für Straßenbauvorhaben.

Am Ende - daran darf kein Zweifel sein - entscheiden die zuständigen Gremien über eine Planung, z.B. der Gemeinderat über den neuen Bebauungsplan. Diese Entscheidung gewinnt aber an Qualität und Legitimation, wenn die Bürger an der Planung beteiligt waren und im Planungsprozeß ihre Forderungen, Wünsche, Sorgen und Ängste geltend machen konnten.  
(-/12.9.1977/ks/ja)

Gerechte Förderung !

Unterstützung der Deutschen Sportjugend bei Sozialdemokraten in guten Händen

Von Heinrich Klein (Dieburg) MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

In der Sommerpause wurden zahlreiche Bundestagsabgeordnete von Sportvereinen ihrer Wahlkreise an finanzielle Hilfen des Bundes für die Deutsche Sportjugend erinnert. Die Sportjugend fühlt sich schlechter gefördert als andere Jugendorganisationen. Sie kann aus diesem Grunde beispielsweise ihre Mitgliedsvereine bei Begegnungen mit ausländischen Sportfreunden nicht so unterstützen, wie dies ihre ursprüngliche Absicht war. Die SPD will dies ändern.

In der letzten Sitzungswoche des Parlamentes bekräftigte die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre Entscheidung, die Deutsche Sportjugend - wie andere Jugendverbände in unserem Lande - aus Haushaltsmitteln des Bundes zu fördern.

Grundlage dafür bleibt die von Friedel Schirmer im Auftrag der Koalitionsfraktionen im Sportausschuß eingebrachte und dort einvernehmlich gebilligte Entschließung:

"Die Deutsche Sportjugend leistet mit der sportlichen Jugendbildung einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung und Bildung junger Menschen. Seit geraumer Zeit sind daneben Aktivitäten auch zu anderen jugendpolitischen Bereichen deutlich erkennbar, z.B. zur politischen Bildung. Diese Maßnahmen insgesamt bieten den Jugendlichen und Heranwachsenden die Chance zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zur gestaltenden Mitarbeit in Gemeinschaften. Deshalb ist und bleibt es notwendig, daß die Deutsche Sportjugend auch durch öffentliche Mittel so gefördert wird, wie das für vergleichbare Aktivitäten anderer Gruppen geschieht, damit sie ihre Aufgaben umfassend erfüllen kann. Alle verantwortlichen Persönlichkeiten und Institutionen sind aufgefordert, ihre Bemühungen und die Förderungsmaßnahmen entsprechend fortzuführen."

Nach einem eingehenden Gedankenaustausch zwischen der Präsidentin der Deutschen Sportjugend, Frau Erika Dienstl, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, Rudi Hauck, und dem Obmann der SPD im Sportausschuß des Bundestages, Friedel Schirmer, hat die Deutsche Sportjugend ihre Anliegen schriftlich konkretisiert. Bundesminister Frau Antje Huber sicherte bereits eine sorgfältige Prüfung zu. Auf der Grundlage dieser Prüfungen ist ein Gespräch zwischen der Präsidentin der Deutschen Sportjugend und Frau Minister Huber vorgesehen. Im Herbst wird die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion über ihre parlamentarischen Initiativen beraten und entscheiden.

Angesichts dieser Vorhaben und Vereinbarungen sah die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion den von der CDU/CSU im Deutschen Bundestag eingebrachten Entschließungsantrag als entbehrlich an. Mit ihm wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Förderung der Sportjugend vom Haushaltsjahr 1978 an auszuweiten. Dennoch aber stimmte die SPD der Beratung in den Parlamentsausschüssen zu. Damit sollten Mißdeutungen ausgeschlossen werden.

Denn eines haben SPD und Bundesregierung nicht nötig: Belehrungen von der Union anzunehmen. Die Sportförderung des Bundes wurde in der Zeit der Regierungsbeteiligung der SPD seit 1966 oder der Regierungsführung durch die SPD seit 1969 erheblich ausgeweitet.

In dieser Zeit wurden die Bundesleistungszentren geschaffen und die Sportstätten für die Olympischen Spiele 1972 in München und Kiel errichtet. In den letzten zehn Jahren wurde im Bund, in den Ländern und Kommunen unter Initiative der SPD die Sportförderung generell verbessert. Deshalb liegt auch in Zukunft die Unterstützung der Deutschen Sportjugend bei den Sozialdemokraten in guten Händen.

(-/12.9.1977/ks/hgs)

+ + +